

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen
vom 04.04.2018 und 18.04.2018
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen
Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
 - 3.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel
"Abriss")
Vorlage: 17/SVV/0829
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.3 Grundschulstandort Heinrich-Mann-Allee
Vorlage: 17/SVV/0913
Fraktion DIE LINKE
(Selbstbefassung)
 - 3.4 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979
Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
 - 3.5 Wohnungsbauentwicklungskonzept 2035
Vorlage: 18/SVV/0181
Fraktionen CDU/ANW, SPD
 - 3.6 Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" sowie
Flächennutzungsplan-Änderung "Schulstandort Waldstadt-Süd" (15/17)
Abwägung der frühzeitigen Beteiligung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB,
Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Leitentscheidung zum weiteren
Verfahren
Vorlage: 18/SVV/0186
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 3.7 Weisung an den Gesellschafter der SWP
Vorlage: 18/SVV/0191
Einreicher: Fraktion DIE LINKE, DIE aNDERE

- 3.8 Transparenz der tatsächlichen Baukosten der Kopie des Garnisonkirchenturms
Vorlage: 18/SVV/0214
Fraktion DIE aNDERE
- 3.9 Einwohnerversammlungen in den Sozialräumen
Vorlage: 18/SVV/0265
Fraktion DIE LINKE
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Berichterstattung zum temporären Stadtteilcafé in Bornstedt
gemäß Beschluss: 18/SVV/0116
- 4.2 Räume für Kulturschaffende und Kreative - Ergebnisse des Szenario-
Workshops zur Strategieentwicklung für die Kultur- und Kreativwirtschaft in
Potsdams Mitte
Vorlage: 18/SVV/0229
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 4.3 Investitionsplanung der EWP Sparte Wasser für das Jahr 2018
Vorlage: 18/SVV/0256
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.4 Integrationsmonitoring
Vorlage: 18/SVV/0288
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 5 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des nicht öffentlichen Teils
der Sitzungen vom 04.04.2018 und 18.04.2018
- 7 Soziale Beratung und Begleitung von Flüchtlingen außerhalb von
Gemeinschaftsunterkünften/ Wohnungsverbänden in Wohnungen in der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0307
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 04.04.2018 und 18.04.2018

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Anträge auf Rederecht:

- **Frau Sabine Blossey** von der Bürgerinitiative "Bürger für Waldstadt" beantragt Rederecht zum **Tagesordnungspunkt 3.6**, „Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Schulstandort Waldstadt-Süd" (15/17) Abwägung der frühzeitigen Beteiligung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB, Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Leitentscheidung zum weiteren Verfahren“, Drucksache 18/SVV/0186.

Abstimmung:

einstimmig angenommen.

- Die **Fraktion DIE LINKE** beantragt Rederecht für **Herrn Prof. Markus Löffler**, Sieger des städtebaulichen Wettbewerbs Brauhausberg, zum **Tagesordnungspunkt 3.7**, „Weisung an den Gesellschafter der SWP“, Drucksache 18/SVV/0191.

Abstimmung:

einstimmig angenommen.

Zurückstellen:

- Der **Tagesordnungspunkt 3.4**, „Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof, Drucksache 17/SVV/0979, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt.

Änderungen in der Reihenfolge:

- Der **Tagesordnungspunkt 4.2**, „Räume für Kulturschaffende und Kreative - Ergebnisse des Szenario-Workshops zur Strategieentwicklung für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Potsdams Mitte“, Drucksache 18/SVV/0229, soll vorgezogen und **zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 3.2**, „Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss)"“, Drucksache 17/SVV/0829, behandelt werden.

Herr Finken meldet sich zur Tagesordnung und teilt namens seiner Fraktion mit, dass der Antrag „Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP“, Drucksache 17/SVV/0059, **Tagesordnungspunkt 3.1, zurückgezogen** wird.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 75. Sitzung des Hauptausschusses vom 04.04.2018 wird mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 76. Sitzung des Hauptausschusses vom 18.04.2018 wird mit Stimmenmehrheit, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP **Vorlage: 17/SVV/0059** Fraktion CDU/ANW

Der Antrag wird durch die antragstellende Fraktion CDU/ANW mit Feststellung der Tagesordnung **zurückgezogen**.

zu 3.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss") **Vorlage: 17/SVV/0829** Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Tagesordnungspunkte 3.2 und 4.2 werden zusammen behandelt.

Der Oberbürgermeister eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters. Herr Kümmel stellt im Rahmen einer Präsentation die Ergebnisse des Szenario-Workshops zur Strategieentwicklung für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Potsdams Mitte vor. Er geht dabei insbesondere auf die erfolgten Verfahrensschritte, den Workshop selbst und die dort entwickelten möglichen Szenarien, das erarbeitete gemeinsame Zielbild sowie auf das weitere Verfahren ein. Die dazugehörige Beschlussvorlage zur temporären Weiternutzung des Rechenzentrums und zur Umsetzung des erarbeiteten Zielbildes soll in der Stadtverordnetenversammlung am 06.06.2018 eingebracht und nach Möglichkeit sofort beschlossen werden. Eine Vorabfassung im Hauptausschuss soll am 30.05.2018 erfolgen.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass sich der Antrag aus dem Bürgerhaushalt damit überholt habe. Frau Dr. Schröter spricht dagegen und sagt, dass essentielle Themen im Rahmen des Workshops nicht behandelt worden seien. Der Antrag enthalte noch weitere Ideen, weshalb eine Abstimmung notwendig sei. Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Herr Sändig fragt, wie hoch der finanzielle Mehraufwand zur Sicherung des

Brandschutzes sei. Der Oberbürgermeister antwortet, dass es aktuell noch nicht möglich sei, genaue Zahlen zu nennen.

Im Anschluss wird Antrag aus dem Bürgerhaushalt 2018/19 zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechenzentrum wird als Begegnungsort, Ideenschmiede, Zukunftslabor und Wirtschaftsfaktor am jetzigen Standort erhalten.

Notwendige Investitionen und deren Refinanzierung erfordern eine Nutzung des Hauses von mindestens 20 bis 25 Jahren.

Um diese wichtigen Schritte umsetzbar zu machen, ist die Aussetzung des bisherigen Sanierungsziels „Abriss“ notwendig.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,

bei 6 Ja-Stimmen.

zu 3.3 Grundschulstandort Heinrich-Mann-Allee

Vorlage: 17/SVV/0913

Fraktion DIE LINKE

(Selbstbefassung)

Frau Aubel, Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, erklärt, dass der Ankauf des benötigten Grundstücks für die Grundschule bisher noch nicht gelungen, dafür jedoch eine Interimslösung gefunden worden sei. Herr Richter, Werksleiter des Kommunalen Immobilien Service (KIS), stellt die Interimslösung im Rahmen einer Präsentation vor. Insbesondere geht er dabei auf das bisherige Standortkonzept, ein alternatives Standortkonzept und die mögliche Interimslösung selbst ein.

Frau Dr. Schröter fragt, für welchen Zeitraum die dargestellte Interimslösung gedacht sei. Frau Aubel antwortet, dass diese ab 2022/2023 für etwa 5 Jahre genutzt werden soll. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgestimmt werden könne, da die Fraktionen Zeit bräuchten, um über das eben dargestellte Szenario zu beraten. Der Antrag soll deshalb bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 30.05.2018 zurückgestellt werden. Frau Aubel entgegnet, dass die Fakten klar dargestellt worden seien und eine Abstimmung aus Ihrer Sicht schon heute durchgeführt werden könne.

Herr Hohloch fragt, welche Flächengröße im dargestellten Szenario für die Schule verloren gehen würde. Herr Richter antwortet, dass die genauen Flächengrößen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht genannt werden könnten. Netto müsste jedoch sogar ein Flächengewinn für die Schule entstehen.

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, betont, dass das Bebauungsplanverfahren vorankommen müsse. Gangbare Alternativen für den Fall, dass das benötigte Grundstück nicht angekauft werden könne, seien dargestellt worden.

Herr Schüler fragt, wie hoch der Mehraufwand für die Interimslösung sei. Herr Richter antwortet, dass dieser bei etwa 5 Millionen Euro läge. Im Anschluss

entwickelt sich eine kontroverse Diskussion zum Interimsstandort und dem dargestellten alternativen Standortkonzept.

Der Oberbürgermeister schlägt abschließend vor, den Antrag entsprechend des Wunsches von Herrn Dr. Scharfenberg bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 30.05.2018 zurückzustellen. Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch und der Antrag bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 30.05.2018 **zurückgestellt**.

Frau Dr. Müller bittet darum, den Fraktionen die gezeigte Präsentation zur Verfügung zu stellen. Frau Aubel sagt dies zu.

zu 3.4 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof

Vorlage: 17/SVV/0979

Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke

zurückgestellt – Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt

zu 3.5 Wohnungsbauentwicklungskonzept 2035

Vorlage: 18/SVV/0181

Fraktionen CDU/ANW, SPD

Herr Finken bringt den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und erläutert die dazugehörigen Änderungen aus den Fachausschüssen. Herr Heuer ergänzt namens seiner Fraktion und wirbt anschließend um Zustimmung zum Antrag in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr.

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt die Intention des Antrags und betont, dass es bereits gute Konzepte gebe, die weiterentwickelt werden müssten. Er vermisse im Antrag jedoch den Prüfungsaspekt der Sicherung eines hohen Anteils belegungsgebundener Wohnungen und formuliert deshalb namens seiner Fraktion folgenden **Ergänzungsantrag**:

[...]

Zu berücksichtigen und zu prüfen sind:

- *die notwendigen Flächen für die benötigte soziale Infrastruktur für pflichtige und freiwillige Einrichtungen in den neuen Wohngebieten,*
- *ausreichende Sportflächen und Grünflächen,*
- *ausreichende Flächen für Handel und Gewerbe,*
- *die Möglichkeiten und Grenzen des ÖPNV, der Straßen, Radwege, sowie ausreichende Stellplätze für Fahrzeuge jeder Art,*
- *die Sicherung der identifizierten Flächen für den Wohnungsbau bzw. die als notwendig erachtete soziale Infrastruktur,*
- *die Belange des Weltkulturerbes und des Naturschutzes.*
- *Wohnungsentwicklung unter demographischen und familienpolitischen Entwicklungen*
- **Sicherung eines hohen Anteils belegungsgebundener Wohnungen**

[...]

Herr Finken und Herr Heuer erklären anschließend, dass sie den von Herrn Dr. Scharfenberg formulierten Ergänzungsantrag übernehmen.

Herr Sändig stimmt der Intention des Antrags ebenfalls zu, weist jedoch darauf hin, dass die Pro Potsdam in der Vergangenheit bereits über 20 % des Wohnungsanteils besessen habe und der Bestand nach und nach ausgedünnt worden sei. Der Oberbürgermeister widerspricht dem und betont, dass die Gesellschafterbeschlüsse der Pro Potsdam jeweils vorab im Hauptausschuss diskutiert worden seien. Das Portfolio sei lediglich bereinigt worden. Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass nicht alle Wohnungen im Eigentum der Pro Potsdam gewesen seien. Teilweise sei die Pro Potsdam auch nur als Verwalterin tätig gewesen.

Im Anschluss entwickelt sich eine kontroverse Diskussion über die Wohnungsverkäufe der Pro Potsdam sowie über Neubauvorhaben und Belegungsbindungen.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag anschließend in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und inklusive des Ergänzungsantrags der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Betreff **neu: Wohnungsbauentwicklungskonzept 2035 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ausgehend vom Wohnungspolitischen Konzept, ~~und dessen Fortschreibung mit DS 17/SVV0878~~ **und anderen Fachplanungen das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (DS 07/SVV/0141) fortzuschreiben.**

~~ein Stadtentwicklungskonzept „Wohnungsbau 2035“ zu entwickeln.~~

Vor dem Hintergrund der Prognose von ~~Ziel ist es, die für die prognostizierten~~ 220.000 Einwohnern im Jahre 2035 **sind** die erforderlichen Wohnungsbauflächen zu identifizieren und deren Eignung für die weitere Wohnbebauung zu prüfen. Dabei ist auch zu prüfen, wie der festgelegte 20 prozentige Anteil der Pro Potsdam am Wohnungsbestand erreicht und gesichert werden kann.

Zu berücksichtigen und zu prüfen sind:

- die notwendigen Flächen für die benötigte soziale Infrastruktur für pflichtige und freiwillige Einrichtungen in den neuen Wohngebieten,
- ausreichende Sportflächen **und Grünflächen**,
- ausreichende Flächen für Handel und Gewerbe,
- die Möglichkeiten und Grenzen des ÖPNV, der Straßen, Radwege, sowie ausreichende Stellplätze für Fahrzeuge jeder Art,
- die Sicherung der identifizierten Flächen für den Wohnungsbau bzw. die als notwendig erachtete soziale Infrastruktur,
- die Belange des Weltkulturerbes und des Naturschutzes.
- Wohnungsentwicklung unter demographischen und familienpolitischen Entwicklungen
- **Sicherung eines hohen Anteils belegungsgebundener Wohnungen**

Das Konzept ist abschließend bis Ende 2019 zu entwickeln. Zwischenberichte sollen alle sechs Monate im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.6 **Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" sowie
Flächennutzungsplan-Änderung "Schulstandort Waldstadt-Süd" (15/17)
Abwägung der frühzeitigen Beteiligung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1
BauGB, Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Leitentscheidung zum
weiteren Verfahren
Vorlage: 18/SVV/0186
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung**

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes nimmt Frau Sabine Blossey von der Bürgerinitiative "Bürger für Waldstadt" das ihr eingeräumte Rederecht wahr. In ihren Ausführungen spricht sich Frau Blossey gegen den Schulstandort Waldstadt-Süd in der geplanten Form und an der geplanten Stelle aus. Das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Klimaschutzkonzept widerspreche dem Vorhaben und dem dargestellten Bebauungsplan. In den weiteren Darstellungen geht Frau Blossey auf Alternativen zum geplanten Szenario ein und stellt die Mindestforderung auf, dass es keine Sportplätze im Landschaftsschutzgebiet geben solle. Das Anrufen der Kommunalaufsicht behalte sie sich vor.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Frau Blossey und übergibt das Wort im Anschluss an den Redebeitrag an Frau Holtkamp, Bereichsleiterin Verbindliche Bauleitplanung. Frau Holtkamp stellt im Rahmen einer Präsentation den überarbeiteten Planungsstand dar. Sie geht dabei insbesondere auf die Erweiterung des Geltungsbereichs und die Ergebnisse der Verwaltungswerkstatt zum städtebaulichen Entwurf ein. Dabei soll die dargestellte Alternative „Synergien im Wald“ Gegenstand des weiteren Verfahrens sein.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die großen Flächenbedarfe für Sportplätze auf Grund des möglichen Wegfalls des Sportplatzes „Sandscholle“ das größte Problem seien. Er fragt, ob nicht zumindest die geplante Kita alternativ am Standort „Brunnenviertel“ errichtet werden könne. Herr Richter, KIS-Werkleiter, antwortet, dass der Bedarf an zusätzlichen Sportplätzen auch ohne den Wegfall des Sportplatzes Sandscholle bestehe. Alternativflächen für die Sportplätze stünden nicht zur Verfügung. Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, ergänzt, dass alternative Standorte für die Unterbringung der Kita geprüft würden.

Im Anschluss entwickelt sich eine kontroverse Diskussion um Standortalternativen, Ersatz- und Ausgleichswälder sowie um die verkehrliche Anbindung des Standortes. Herr Schubert betont noch einmal, dass das Brunnenviertel als Ersatzstandort für die geplante Kita in Frage komme. Die Option würde jedoch noch geprüft.

Im Anschluss an die Diskussion stellt der Oberbürgermeister die Änderungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zur Abstimmung:

[...]

~~5. Der Entwurf des Bebauungsplans ist vor der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB im Fachausschuss vorzustellen.~~

5. Bei der Planung ist ein hoher Grünanteil unter Wahrung der natürlichen Eigenart des Gebietes zu sichern.

6. Im Ergebnis der öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Schulcampus Waldstadt-Süd am 12.04.2018 werden folgende Festlegungen getroffen:

A Der Entwicklung des Bebauungsplan- Entwurfs ist der städtebauliche Entwurf der beigefügten Alternative A „Synergien im Wald“ (s. Anlage 5) zugrunde zu legen.

B Bei der weiteren Konkretisierung der Planung sollen folgende planerischen Ziele verfolgt werden:

1. weitest möglicher Erhalt zusammenhängender Waldflächen unter Wahrung eines Mindestabstands von 100 m zwischen der Bestandsbebauung am Caputher Heuweg und den vorgesehenen Sportplätzen

2. weitest mögliche Reduzierung der aus der Planung resultierenden verkehrlichen Belastungen für die Anwohnerschaft der angrenzenden Baugebiete

3. landschaftliche Integration der neuen Baukörper in den Wald und konzeptionelle Weiterentwicklung, die den Waldstadtcharakter aufgreift und in der Planung verankert

C Die entwickelten Vorschläge zur Umsetzung der unter B aufgeführten planerischen Ziele sind in einem Arbeitsgespräch zu beraten, zu dem neben der Bürgerinitiative auch eine Vertretung der Ausschüsse für Bildung und Sport, für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung einzuladen sind.

Über das Beratungsergebnis dieses Arbeitskreises ist in der AG Schulentwicklungsplanung im Oktober 2018 zu berichten.

Die Beschlussvorlage wird um Anlage 5 Alternative A „Synergien im Wald“ ergänzt.

7. Es ist zu prüfen, welche Möglichkeiten einer gesonderten Straßenerschließung der geplanten Schulen bestehen.

8. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist vor der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB in den Fachausschüssen Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, Bildung und Sport und Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei 4 Stimmenthaltungen.

Anschließend wird die so geänderte Gesamtvorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" entschieden (gemäß Anlagen 3a und 3b).
2. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Vorentwurf der Flächennutzungsplan-Änderung "Schulstandort Waldstadt-Süd" (15/17) entschieden (siehe Anlagen 3a und 4).
3. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" sowie der Flächennutzungsplan-Änderung „Schulstandort Waldstadt-Süd“ (15/17) ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu ändern (gemäß Anlagen 2a und 2b).
4. Die Bauleitplanverfahren sind auf Grundlage der o.g. Abwägungsentscheidung fortzuführen.
- ~~5. Der Entwurf des Bebauungsplans ist vor der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB im Fachausschuss vorzustellen.~~
- 5. Bei der Planung ist ein hoher Grünanteil unter Wahrung der natürlichen Eigenart des Gebietes zu sichern.**
- 6. Im Ergebnis der öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Schulcampus Waldstadt-Süd am 12.04.2018 werden folgende Festlegungen getroffen:**

A Der Entwicklung des Bebauungsplan- Entwurfs ist der städtebauliche Entwurf der beigefügten Alternative A „Synergien im Wald“ (s. Anlage 5) zugrunde zu legen.

B Bei der weiteren Konkretisierung der Planung sollen folgende planerischen Ziele verfolgt werden:

- 1. weitest möglicher Erhalt zusammenhängender Waldflächen unter Wahrung eines Mindestabstands von 100 m zwischen der Bestandsbebauung am Caputher Heuweg und den vorgesehenen Sportplätzen**
- 2. weitest mögliche Reduzierung der aus der Planung resultierenden verkehrlichen Belastungen für die Anwohnerschaft der angrenzenden Baugebiete**
- 3. landschaftliche Integration der neuen Baukörper in den Wald und konzeptionelle Weiterentwicklung, die den Waldstadtcharakter aufgreift und in der Planung verankert**

C Die entwickelten Vorschläge zur Umsetzung der unter B aufgeführten planerischen Ziele sind in einem Arbeitsgespräch zu beraten, zu dem neben der Bürgerinitiative auch eine Vertretung der Ausschüsse für Bildung und Sport, für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung einzuladen sind.

Über das Beratungsergebnis dieses Arbeitskreises ist in der AG Schulentwicklungsplanung im Oktober 2018 zu berichten.

Die Beschlussvorlage wird um Anlage 5 Alternative A „Synergien im Wald“ ergänzt.

7. Es ist zu prüfen, welche Möglichkeiten einer gesonderten Straßenerschließung der geplanten Schulen bestehen.

8. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist vor der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB in den Fachausschüssen Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, Bildung und Sport und Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mit 10 Ja-Stimmen angenommen,
bei 6 Stimmenthaltungen.

zu 3.7 Weisung an den Gesellschafter der SWP

Vorlage: 18/SVV/0191

Einreicher: Fraktion DIE LINKE, DIE aNDERE

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes nimmt Herr Prof. Markus Löffler, Sieger des städtebaulichen Wettbewerbs zum Brauhausberg, das ihm eingeräumte Rederecht wahr. Er geht im Rahmen seines Redebeitrags insbesondere auf die Bedeutung des Brauhausberges als Element der Potsdamer Mitte ein und betont, dass die Fläche vor der Schwimmhalle absichtlich nicht bebaut worden sei, um den Blick auf den Brauhausberg frei zu halten. Eine geplante Wohnbebauung sollte den Blick auf den Berg als bedeutendes Element der Potsdamer Mitte ebenfalls nicht beeinträchtigen. Das „Minsk“ betone in seiner Architektursprache den Berg und schaffe dadurch eine besondere städtebauliche Qualität.

Der Oberbürgermeister fasst im Anschluss an den Redebeitrag die bisherige Diskussion zum Thema zusammen und macht deutlich, dass heute eine Entscheidung gefällt werden müsse.

Herr Dr. Scharfenberg fragt den Oberbürgermeister, ob er eine Frage an Herrn Prof. Löffler stellen dürfe. Der Oberbürgermeister bejaht dies. Herr Dr. Scharfenberg fragt, wie Herr Prof. Löffler die Möglichkeit einschätze, Geschossflächen sinnvoll zu verlagern um das Minsk erhalten zu können. Herr Prof. Löffler antwortet, dass die „Längsstruktur“ erhalten bleiben müsse, Lücken zwischen den Häusern jedoch geschlossen werden könnten. Die Häuser sollten am Hang „hoch wachsen“ und Häuser näher am Berg könnten aus seiner Sicht auch höher geplant und gebaut werden.

Frau Reimers sagt, dass der damalige Siegerentwurf einen „grünen Berg“ vorsah. Auch der Erhalt des Minsk sei vorgesehen gewesen. Der Bebauungsplan wurde

entsprechend gestaltet. Die Gebäude sollten nicht höher werden, dies sehe der Beschluss nicht vor.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die aktuell stattfindende öffentliche Diskussion gut sei, jedoch zu spät komme. Es war geplant, etwa 6 Millionen Euro für den Neubau des Bades sowie entstehende Mehrkosten durch den Verkauf der Grundstücke auf dem Brauhausberg zu erlösen. Dieses Ziel sei aktuell auch mit dem Erhalt des Minsk erreichbar. Auch eine öffentliche Nutzung und die Sichtbarkeit des Gebäudes wären möglich. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich deshalb dafür aus, eine Baumassenverlagerung zu prüfen. Vorher sei keine abschließende Entscheidung möglich.

Herr Exner entgegnet, dass das Bad mit all seinen Mehrkosten refinanziert werden müsse. Bisher werde alles über Kredite finanziert, die teilweise demnächst zurückgezahlt werden müssten. Auch die Mehrkosten seien enorm. Insgesamt lägen die Kosten für das Bad bei mehr als 41 Millionen Euro. Herr Exner weist weiter darauf hin, dass auch andere Bäder saniert werden müssten. Das Verfahren dürfe deshalb nicht weiter verzögert werden.

Herr Heinzel fragt, was der Hintergrund der Bemühungen um den Erhalt des Minsk sei. Letztendlich würden alle Potsdamerinnen und Potsdamer bei Erhalt des Minsk zur Kasse gebeten. Er bittet deshalb darum, den Antrag abzulehnen.

Herr Heuer betont, dass es keine öffentlichen Nutzungsoptionen für das Minsk gäbe. Der im Raum stehende Investor habe diesbezüglich keine konkreten Pläne. Im Anschluss entwickelt sich erneut eine kontroverse Diskussion zum Thema.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass man sich nicht mehr am Anfang des Verfahrens befinde. Einzig der Antrag der Fraktion DIE LINKE habe bisher den Beschluss zur Vergabe der Grundstücke verhindert. Eine weitere Verzögerung des Prozesses sei nicht hinnehmbar, auch um Schaden von den Stadtwerken abzuwenden. Der Oberbürgermeister fordert Herrn Dr. Scharfenberg auf einen Antrag zur Geschäftsordnung zu stellen, sollte er eine weitere Zurückstellung des Antrages wünschen.

Herr Dr. Scharfenberg meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt den Antrag **zurückzustellen**:

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|-----------|
| Zustimmung: | 8 |
| Ablehnung: | 10 |
| Stimmenthaltung: | 0 |

Nachdem eine weitere Zurückstellung des Antrages abgelehnt wurde, stellt der Oberbürgermeister den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Antrag zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Schritte einzuleiten, die den Erhalt des Minsk sicherstellen:

- 1. eine Änderung des Bebauungsplans Nr. 36/2 im vereinfachten Verfahren: Die städtebaulichen Ziele sollen im Bestand des Minsk bestehen und*

dessen Sichtbarkeit vom Leipziger Dreieck über die Wiese am blu entlang ermöglichen. Im Übrigen soll der B-Plan in seiner bestehenden Form beibehalten werden.

2. *anstelle der vorgesehenen Vergabe die Grundstücke neu auszuschreiben: Der Zuschnitt der Lose ist so zu gestalten, dass das Minsk wirtschaftlich auskömmlich darstellbar wird und die Angebote so real miteinander verglichen werden können.*
3. *Der Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2018 Bericht über das Verfahren zu erstatten.*

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|---|
| Zustimmung: | 8 |
| Ablehnung: | 9 |
| Stimmenthaltung: | 1 |

Im Anschluss wird der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE durch den Oberbürgermeister zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird in seiner Eigenschaft als Gesellschaftervertreter der Stadt für die Stadtwerke Potsdam GmbH angewiesen, die Vergabe des Grundstücks am Brauhausberg oberhalb der Max-Planck-Straße in Form von Einzellosen vorzunehmen.

Dabei soll gesichert werden, dass mit der Vergabe des Loses 2 das Gebäude des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ erhalten und mit seiner Fassade und in Teilen einer öffentlichen Nutzung erlebbar bleibt.

Dazu sind Gespräche mit den Anbietern für den Erhalt des „Minsk“ zu führen.

Mit dem Gesamterlös aus dem Verkauf der drei Einzelgrundstücke ist in jedem Fall zu sichern, dass die ursprünglich geplanten 6 Millionen Euro sowie die seit 2014 entstandenen Mehrkosten für das Sport- und Freizeitbad refinanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|---|
| Zustimmung: | 8 |
| Ablehnung: | 9 |
| Stimmenthaltung: | 1 |

**zu 3.8 Transparenz der tatsächlichen Baukosten der Kopie des
Garnisonkirchenturms
Vorlage: 18/SVV/0214
Fraktion DIE aNDERE**

Herr Sändig bringt den Antrag ein und begründet diesen. Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, erklärt, dass der Bund die Stiftung Garnisonkirche fördere und entsprechend dazu informieren könne. Die Landeshauptstadt Potsdam werde von sich aus keine Baukosten veröffentlichen, da es sich dabei um nichtöffentliche Angelegenheiten handeln würde. Es könne jedoch Einsicht in den Bauantrag genommen werden.

Herr Dr. Scharfenberg sagt, dass die Stadt als Stiftungsmitglied ein Recht auf Transparenz habe. Generell solle die Stiftung von sich aus transparent agieren. Der Oberbürgermeister könne in seiner Funktion als Vertreter der

Landeshauptstadt Potsdam in der Stiftung auf eine gewisse Transparenz hinwirken. Herr Kümmel betont, dass er die Haltung der Landeshauptstadt dargestellt habe.

Herr Heuer weist darauf hin, dass die Fraktion DIE aNDERE immer darauf hingewirkt habe, dass die Landeshauptstadt Potsdam die Stiftung Garnisonkirche verlasse. Herr Sändig betont, dass öffentliche Mittel für den Wiederaufbau der Kirche verwendet würden und dass keine Bauruine in Potsdams Mitte gewünscht sei. Er fragt deshalb, ob die Finanzierung gesichert sei.

Herr Finken sagt, dass es sich bei dem Wiederaufbau um ein privates Bauvorhaben handeln würde. Der Oberbürgermeister könnte im Kuratorium der Stiftung höchstens darum bitten, die entsprechenden Zahlen transparent darzustellen.

Im Anschluss an die Aussprache wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche Potsdam die Offenlegung der tatsächlichen, aktuell zu ermittelnden Baukosten für den Garnisonkirchenturm zu erwirken.

Die Baukosten sind sodann im Sinne der Transparenz bei einem öffentlichen geförderten Bauvorhaben öffentlich zu machen.

Die Stadtverordneten sollen im Juni 2018 über den Sachstand informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 5 Ja-Stimmen.

zu 3.9 Einwohnerversammlungen in den Sozialräumen

Vorlage: 18/SVV/0265

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, sagt, dass die Grundrichtung des Antrags unterstützenswert, die verwendeten Begriffe jedoch bereits fest definiert und nicht geeignet seien. Er bittet darum, den Antrag zur gemeinsamen Überarbeitung zurückzustellen. Herr Dr. Scharfenberg erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden und der Antrag wird anschließend **zurückgestellt**.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.1 Berichterstattung zum temporären Stadtteilcafé in Bornstedt
gemäß Beschluss: 18/SVV/0116**

Frau Aubel, Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, berichtet mündlich über die geplante Eröffnung des „Stadtteilbüros“ in Bornstedt am 24.05.2018. Seitens

der Bevölkerung bestehe schon jetzt großes Interesse. Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.2 Räume für Kulturschaffende und Kreative - Ergebnisse des Szenario-Workshops zur Strategieentwicklung für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Potsdams Mitte

Vorlage: 18/SVV/0229

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Tagesordnungspunkt 4.2 wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 3.2 behandelt.

zu 4.3 Investitionsplanung der EWP Sparte Wasser für das Jahr 2018

Vorlage: 18/SVV/0256

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Auf eine Einbringung der Mitteilungsvorlage wird verzichtet. Frau Dr. Schröter fragt, wie unvorhersehbare Dinge wie bspw. größere Havarien in der Investitionsplanung Berücksichtigung finden. Herr Schenke, kommissarischer Fachbereichsleiter Grün- und Verkehrsflächen, antwortet, dass Havarien durch Rückstellungen bei Investitionen abgedeckt seien.

Herr Schüler fragt, warum die Fortschreibung der Wasser-Strategie so teuer sei. Herr Lehmann, Vertreter der Energie und Wasser Potsdam GmbH, antwortet, dass große Herausforderungen, wie bspw. der Ausbau des Potsdamer Nordens, die Verdichtung im Süden oder der Ausbau von Kläranlagen anstehen würden. Er betont, dass die dargestellten Kosten nicht nur die Kosten für die Planung seien.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, ob die Preise für Wasser auch in diesem Jahr stabil bleiben. Herr Schenke bejaht dies.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.4 Integrationsmonitoring

Vorlage: 18/SVV/0288

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Auf eine Einbringung der Mitteilungsvorlage wird verzichtet. Frau Dr. Müller fragt, warum nur „Kurzberichte“ erstellt werden sollen. Die Zielstellung der Berichte, nur Maßnahmen zur Integration zu beschreiben, sei nicht ausreichend. Sie fragt weiter, wer den Bedarf für die Berichte definiere. Frau Grasnack, Beauftragte für Migration und Integration, weist darauf hin, dass der vorliegende Bericht Ergebnis des Beschlusses und der gebildeten Arbeitsgruppe sei. Sie versichert, dass die Berichte ausführlich sein werden.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss **zur Kenntnis genommen**.

zu 5 Sonstiges